VI. Krankenpflege.

Staatliche Fürsorge auf dem Gebiete der Krankenpflege.

Von Dr. med. Ludwig Friedlaender in Berlin.

(Schluss aus No. 20.)

Wenn wir für die Ausübung der Krankenpflege „einen obligatorischen Befähigungsnachweis“ fordern, so erwarten wir bestimmt, uns nicht dem Verdacht auszusetzen, dass wir damit für gewisse politische Bestrebungen eintreten. Jene Angelegenheit ist eine Culturfrage allerersten Ranges und hat mit Interessengegensätzen nichts zu thun. Es ist eine in allen modernen Culturstaaten bestehende Institution, dass der Staat dem Bürger eine allen Anforderungen entsprechende ärztliche Behandlung garantirt, dadurch, dass er approbirte Aerzte schafft, Krankenhäuser baut, hygienische Einrichtungen trifft etc. Einen an Wichtigkeit den genannten Factoren keineswegs nachstehenden Theil der Krankenbehandlung bilden die Krankenpfleger, bezw. -Pflegerinnen. Sie sind so zu sagen der Generalstab des Arztes, dem sie, die Tag und Nacht um den Kranken sind und ihn sorgfältig beobachten müssen, die wichtigsten Mittheilungen, die oft den grössten Einfluss auf die Art der ärztlichen Behandlung ausüben, zu übermitteln haben. Wir halten deshalb die Forderung, dass die Organe der Krankenpflege approbirt werden müssen, für eine geradezu selbstverständliche. Abgesehen von der schon früher vorgeschlagenen gesetzlichen Aenderung sind Kosten oder Neueinrichtungen damit nicht verbunden. Wir haben so ausgezeichnete Institute für Ausbildung von Krankenpflegerinnen z. B. in Berlin, Frankfurt a. M., Elberfeld und namentlich Hamburg, welches ein Musterinstitut dieser Art besitzt, dass der Staat allen denen, welche diese Institute mit Erfolg besucht haben, die Approbation ertheilen könnte. Ist diese Cardinalforderung erst erfüllt, so werden weitere Fortschritte nicht ausbleiben. Der nächstliegende, an Wichtigkeit sich dem ersten unmittelbar anreihende ist, wie gleichfalls schon bemerkt, die Sicherung der Organe der Krankenpflege gegen Alter und Invalidität. Es ist natürlich, dass die verschiedenen Vereine, bezw. Organisationen nach dieser Richtung hin schon manche Versuche angestellt haben. So hat die Magdeburger Kahlenbergstiftung vor einigen Jahren einen Versuch bei einer dortigen Versicherungsgesellschaft (Wilhelma) gemacht, die in der entgegenkommendsten Weise ihre Berechnungen aufstellte und es als nobile officium erklärte, ihre Bedingungen so günstig wie möglich zu stellen.¹⁾ Nach eingehender Berathung aller bezüglich Paragraphen kam man jedoch zu der Ueberzeugung, dass der Stand der Finanzen des Vereins weder jetzt eine so bedeutende Belastung vertragen, noch in Zukunft vertragen würde. Als dann für eine durch Lungentuberkulose arbeitsunfähig gewordene Schwester gesorgt werden musste, nahm man eine Aenderung der Pflegerinnenordnung vor, deren betreffender Paragraph so gefasst wurde: „Diejenigen Schwestern, welche mindestens zehn Jahre lang seit ihrem Eintritt in die Anstalt pflichtgetreu in derselben thätig gewesen sind und demnächst dienstunfähig werden, erhalten auf Antrag eine jährliche Pension von 500 Mark in vierteljährlichen Vorausbezahlungen. Tritt die Dienstunfähigkeit früher ein, so hat der Vorstand nach freiem Ermessen zu entscheiden, ob und wie viel einer solchen Schwester als Pension gewährt werden soll. Ueber die Frage, ob Dienstunfähigkeit vorliegt, entscheidet der Vorstand nach gutachtlicher Aeusserung des ärztlichen Ausschusses. Der die Pension nachsuchenden Schwester steht es frei, einen besonderen Vertrauensarzt zuzuziehen, welcher gutachtlich zu hören ist.“ Damit hatte der Verein das Aeusserste geleistet. „Wenn wir, so führt Dr. Sandler aus, eine zehnjährige treue Arbeit in der Anstalt als den Zeitraum festgesetzt haben, nach dessen Ablauf bei eingetretener Invalidität die Pension bewilligt werden kann, so gingen wir von der Ueberzeugung aus, dass wenige Schwestern eine angestrenzte Arbeit in der Krankenpflege ohne Nachtheile für ihre Gesundheit länger ertragen, als zehn Jahre. Ich erwähne nur die aufreibende Thätigkeit bei schweren infectiösen Krankheiten mit den unvermeidlichen Nachtwachen und die Assistenz bei chirurgischen und gynäkologischen Operationen. Unterschätzen wir auch nicht die Einwirkung einer hoffnungslosen Krankenpflege auf das Gemüth einer mitfühlenden Schwester.“ Es wurde nunmehr vom gleichen Redner auf der Casseler Versammlung hervorgehoben, dass durch die besprochene Maassregel der Pensionirung der Anstalt leicht eine gewisse Last erwachsen kann. Auch war zu bedenken, dass überhaupt nur wenige Vereine zu derartigen Opfern fähig sein dürften. Man hielt

¹⁾ Geh. Med.-Rath Dr. Sandler (Magdeburg), auf der Versammlung von Vertretern deutscher Krankenpflegeanstalten vom Rothen Kreuz, Cassel, 28. September 1894.

es deshalb für wünschenswerth, durch einen Zusammenschluss vieler Anstalten vom Rothen Kreuz eine Erleichterung zu schaffen. In der That wurde in der gleichen Sitzung ein solcher Verband, dem sofort eine grosse Anzahl Vereine beitraten, begründet und seine Satzungen festgestellt. Die erste und vornehmste Arbeit, der sich dieser Verband unterzog, war die Gründung einer Schwesternpensionskasse. Das Referat hierüber erstattete Rechtsanwalt Dr. Semler aus Hamburg auf der Jahresversammlung des Rothen Kreuz-Verbandes am 29. September 1896 zu Hannover. Er ging davon aus, dass der Verband zunächst ein Capital für die Altersversorgungskasse schaffen, also die eigene Solvenz ausser Zweifel stellen müsse, bevor er von den Vereinen Credit in Anspruch nehme, indem er Prämienzahlungen irgend welcher Art veranlasse. Dies zu beschaffende Capital sollte den Garantiefonds einerseits bilden und zugleich billige Prämienstellung ermöglichen. Nach der Meinung des Referenten war ein Capital von „100000 bis 200000 Mark“ nothwendig. Dr. Semler berichtet, dass es ihm bisher nicht gelungen sei, dass Capital zu beschaffen. Er habe bei dem preussischen Kriegsminister den Antrag eingebracht, auf zunächst zehn Jahre durch eine Beihilfe von jährlich 10000 Mark den Verband zu unterstützen; dieser Antrag habe in einer persönlichen Audienz bei dem Kriegsminister, Excellenz v. Gossler, definitiv abweisende Erledigung gefunden. Der Kriegsminister habe die Bestrebungen des Verbandes auf das freundlichste anerkannt etc. etc. (Wir denken bei den beweglichen Mittheilungen des Herrn Referenten über die Entgegnung des Kriegsministers an das Wort unseres Altmeisters Göthe: Vergebens spricht man viel, um zu versagen; der andere hört von allem nur das Nein.) Schliesslich verwies Se. Excellenz den Referenten „auf den ihm in Fällen wie den vorliegenden besonders geeigneten Weg einer Lotterie!“

Wir wissen nicht, ob diese Lotterie schon stattgefunden und den gewünschten Erfolg gebracht hat. Wir müssen aber unser tiefes Bedauern darüber ausdrücken, dass von einer solchen Stelle aus ein solches Mittel empfohlen wurde. Ist schon an und für sich der Grundsatz von dem Zwecke, der die Mittel heiligt, ein unsittlicher, so sollte er am allerwenigsten auf einem Gebiete, dessen Arbeitsfeld sich den höchsten sittlichen Zwecken der Menschheit zuwendet, beachtet werden. Für uns ist es ein Räthsel, dass ein Verband, dem fast sämmtliche weiblichen und viele männliche Angehörige unserer deutschen Fürstenthäuser angehören, nicht imstande ist, auf dem Wege der Privatwohlthätigkeit oder durch Inanspruchnahme öffentlicher Fonds für einen so eminenten Culturzweck wie den in Frage stehenden 100—200 000 M. aufzubringen.

Ob der Staat oder ob die freie Vereinsthätigkeit die Invaliditäts- und Altersversorgung der Schwestern in die Hand nehmen sollen, ist eine Frage, die wir offen lassen. Jedenfalls sind die bisher mit dem Alters- und Invaliditätsversorgungsgesetze gemachten Erfahrungen keineswegs ermutigend. Dr. Cohn (Frankfurt a. M.) spricht sich in seinem schon früher erwähnten Vortrage für die Einreihung der Schwestern in die staatliche Fürsorge mit folgenden Worten aus: „Communale und private Anstalten werden sich in den meisten Fällen bereit finden lassen, die Beiträge, in Anbetracht ihrer geringen Höhe, ganz zu übernehmen; bei den staatlichen Anstalten ist dies bestimmungsmässig ausgeschlossen. Das Kleben findet am zweckmässigsten auf den Stationen statt; die Oberschwester sind für die richtige und pünktliche Ausführung verantwortlich zu machen.“ Auch Frau Professor Weber scheint in ihren „14 Paragraphen mit Wünschen“¹⁾ für eine staatliche Versorgung der Schwestern in ihrem letzten Paragraphen einzustehen und bemerkt nach Formulierung ihrer Forderung, dass ihr ein Anstaltsvorstand folgendes mitgetheilt habe: „der Grund, warum man die Diakonissinnen nicht in die gesetzliche Alters- und Invaliditätsversorgung aufgenommen hat, ist hauptsächlich der, man will sie social heben (!), indem man sie nicht wie gewöhnliche Mägde und Arbeiterinnen behandeln will. Dazu müsste auch doppelt bezahlt werden an die in ihren Leistungen doch recht bescheidene, nicht coulante Reichsversicherung und für das Diakonissenaltersversorgungshaus. Die Rente müsste ausserdem den alten und invaliden Schwestern selbst in die Hand gegeben werden, was den Grundsätzen des Diakonissenhauses widerspricht.“ Wie alledem aber auch sei, wir sind in der Lage, an drei glänzenden Beispielen zu zeigen, dass die freie Vereinsthätigkeit wohl in der Lage ist, für die alternden und invaliden Schwestern zu sorgen, und wir sehen wahrlich nicht ein, warum der mit so mächtigen und einflussreichen Factoren arbeitende Rothe Kreuzverband nicht dasselbe leisten soll, was Herr Pastor Zimmer und sein Herborner Diakonieverein allein aus sich heraus in so vortrefflicher Weise durchgeführt hat. Das zweite Beispiel ist der Verein für jüdische Krankenpflegerinnen in Frankfurt a. M., das dritte der mit dem Hamburger Staatskrankenhaus in Verbindung stehende Schwesternverein. Was zunächst die Pensionskasse des Zimmer'schen Diakonievereins betrifft, so bemerkt ihr Begründer mit Recht, dass für jeden, der mit der Versicherungstechnik vertraut ist, der jährliche Beitrag von 100 M. durchaus nicht übermässig hoch erscheinen kann. Er zeigt, dass die Beiträge bei Rentenanstalten bedeutend höhere sind. Ein weiterer grosser Vorzug dieses Vereins ist es, dass, während bei andern Schwesternverbänden mit dem Austritt aus

dem betreffenden Hause alle Rechte an den Pensionsfonds erlöschen und daher in solchen Vereinigungen eine Schwester nicht nach freier Wahl und eigenem Bedürfniss ihre Arbeit sich suchen kann, es dem Schwesternverbände des Diakonievereins völlig gleichgültig ist, wo und in welcher Arbeit eine Schwester thätig ist,¹⁾ wenn sie nur überhaupt Diakoniedienste leistet. Namentlich ist die Pensionseinrichtung des Vereins eine derartige, dass die tble Nachrede abgeschnitten wird, dass gewissenlose Oberinnen die der Pensionirung entgegengehenden Schwestern durch schlechte Behandlung zum Austritt nöthigen und ihnen damit alle Anrechte der vorangegangenen Dienstzeit nehmen. Das ist bei der Pensionseinrichtung des evangelischen Diakonievereins unmöglich; eine Schwester, die aus dem Verbaude scheidet, scheidet damit noch nicht aus der Hilfskasse. Und scheidet sie doch aus diesen aus, so geht ihr nur der Antheil an der Dividende, also an den Ueberschüssen der Verwaltung, verloren, nicht aber, was sie selbst gespart hat, einschliesslich der Zinsen. Die Möglichkeit einer Willkür bei Bewilligungen aus dem Unterstützungsfonds ist gleichfalls so gut wie ausgeschlossen, da diese Bewilligungen durch den Verbandsausschluss geschehen, der sechs Mitglieder hat, die zur Hälfte dem Vereinsvorstande, zur Hälfte dem Schwesternverbände angehören. Doch lassen wir die Hilfskasse selbst sprechen. Ihre Statuten lauten wie folgt:

Geschäftsanweisung für die Hilfskasse.

§ 1. Zweck der Hilfskasse des evangelischen Diakonievereins, Vereins zur Sicherstellung von Dienstleistungen der evangelischen Diakonie, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, ist die materielle Sicherstellung der Mitglieder dieses Vereins in der Arbeit der evangelischen Diakonie.

§ 2. Ihrer Organisation nach ist die Hilfskasse ein besonderer Theil der Kasse des evangelischen Diakonievereins (vgl. § 11 und 14 der Vereinsstatuten) und wird unmittelbar oder mittelbar durch dessen Vorstand verwaltet. Für ihre Verbindlichkeiten haftet der Verein mit seinem ganzen Vermögen.

§ 3. Die Fonds der Hilfskasse sind: 1) der Sparfonds (§ 6); 2) der Pensionsfonds (§ 7); 3) der Unterstützungsfonds (§ 8); 4) der Darlehnsfonds (§ 9). Der Sparfonds ist allen Mitgliedern des evangelischen Diakonievereins zugänglich, der Unterstützungs- und der Pensionsfonds nur den Mitgliedern des Diakonieverbandes. Für diese ist zunächst auch der Darlehnsfonds bestimmt; in welchem Umfange auch andere Vereinsmitglieder an demselben theilnehmen können, bestimmt auf ihren Antrag nach Anhörung des Verbandsausschusses in jedem einzelnen Falle der Vereinsvorstand.

Für jedes Mitglied der Hilfskasse wird ein eigenes Conto angelegt, dessen Saldo nach Abschluss der Rechnung ihm mitgetheilt wird.

§ 4. Die Einnahmen der Hilfskasse bestehen: 1) aus den Jahresbeiträgen der Mitglieder des Diakonieverbandes. Dieselben betragen für jedes Mitglied a) $3\frac{1}{3}$ % seines Baargehaltes (einschliesslich der Dienstkleidung), mindestens aber jährlich 10 M., die dem Unterstützungsfonds verfallen, b) fernerhin, jedoch nur für diejenigen Mitglieder obligatorisch, für die nicht schon anderweitig in einer vom Vorstande für genügend erachteten Weise die Altersversorgung sichergestellt ist, 30 % seines Baargehaltes (einschliesslich der Dienstkleidung), mindestens aber jährlich 90, höchstens 180 M., die zur Bildung der Pensionsfondsguthaben dienen; 2) aus den nicht zurückgeforderten Einlagen der ausgeschiedenen Vereinsmitglieder (§ 4 der Vereinsstatuten); 3) aus den Jahresbeiträgen und Zuwendungen der Mitglieder und Förderer des Vereins, soweit sie nicht als Betriebskapital für den Verein nothwendig gewesen sind (§ 5 der Vereinsstatuten); 4) aus dem in § 16 der Vereinsstatuten vorgesehenen Antheil am Reingewinn des Vereins; 5) aus Geschenken und Vermächtnissen.

§ 5. Sämmtliche Gelder der Hilfskasse müssen sobald wie möglich und, soweit sie nicht zur Bestreitung nothwendiger Ausgaben disponibel zu halten sind, verzinslich angelegt werden. Diese Belegung ist nur zulässig: 1) in den von der Generalversammlung nach § 11 der Vereinsstatuten beschlossenen eigenen Unternehmungen des Vereins; 2) in Darlehen gemäss § 9; 3) in sicheren Hypotheken; 4) in sicheren Papieren, nämlich in Papieren au porteur, welche vom Deutschen Reiche oder von dem Preussischen Staate emittirt oder garantirt sind; in Pfandbriefen oder Obligationen, welche von den land- oder ritterschaftlichen Creditinstituten in Preussen ausgegeben sind; in preussischen ständischen oder Communalobligationen, sowie Rentenbriefen; in solchen deutschen Eisenbahnprioritätsobligationen, deren Ankauf der Aufsichtsrath für zulässig erklärt; 5) durch Ausleihung an Anstalten oder Vereine mit juristischer Persönlichkeit, mit denen der evangelische Diakonieverein in organische Verbindung tritt.

§ 6. Der Sparfonds ist eine Sammelkasse für freiwillige Spareinlagen, die mit den von der Generalversammlung jährlich zu bestimmenden Sparkassenzinsen (zur Zeit 3 % jährlicher Zinsen und Zinseszinsen ohne

¹⁾ l. c. S. 91.

Einrechnung des Monats, in welchem sie eingezahlt und abgehoben werden) verzinst werden. Denjenigen Vereinsmitgliedern, die bereits vor ihrer Aufnahme in den Diakonieverband in den Sparfonds eingezahlt haben, werden bei ihrem Eintritt in den Verband ihre Einlagen auf ihren Antrag als Pensionsfondsguthaben innerhalb der § 4, 1. festgesetzten Grenzen angerechnet.

§ 7. Der Pensionsfonds sammelt für die Mitglieder des Diakonieverbandes zu ihrer Altersversorgung ein Guthaben an, das beim Eintritt in den Ruhestand zur Beschaffung einer Leibrente verwendet wird. Das Pensionsguthaben für jedes einzelne Mitglied wird gebildet: 1) aus seinen eigenen Beiträgen (§ 4, 1b); 2) aus einem Antheil an den § 4, 2—5 erwähnten sonstigen Einnahmen. Diese Einnahmen werden nach Abzug des Beitrages für den Unterstützungsfonds (§ 8, 2) bei Abschluss der Jahresrechnung nach Verhältniss der geleisteten ordentlichen Jahresbeiträge unter die Mitglieder in der Weise vertheilt, dass der auf jedes fallende Antheil seinem Guthaben zugeschrieben wird.

§ 8. Der Unterstützungsfonds, der den Mitgliedern des Diakonieverbandes bei vorzeitiger Invalidität Pensionszuschüsse und in sonstigen besonderen Nothständen eine Unterstützung sichern soll, wird gebildet aus: 1) den eigenen Beiträgen der Mitglieder (vgl. § 4, 1a); 2) einem Antheil an den übrigen in § 4, 2—5 genannten Einnahmen der Hilfskassa, den die Generalversammlung für jedes Jahr nach Anhörung des Verbandsausschusses und auf Vorschlag des Vorstandes festgesetzt. Der bei dieser Festsetzung verbleibende Rest muss eine Verzinsung der Pensionsfondsguthaben mit mindestens dem Zinsfuss des Sparfonds ermöglichen.

§ 9. Aus dem Darlehnsfonds, der durch Gewährung von Darlehen die Ausbildung zur Diakonie erleichtern und in vorübergehenden Verlegenheiten Anshilfe gewähren soll, können bis zur Gesamthöhe der von der Generalversammlung zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellten Mittel gegen 4 % Zinsen Darlehen bewilligt werden: 1) bis zur Gesamthöhe von 400 M. an dasselbe Mitglied und bis zur Dauer von höchstens drei Jahren unter Stellung eines zahlungsfähigen Bürgen oder vom Vorstande für genügend erachteter anderweitiger Sicherheit; 2) über 400 M. hinaus und ohne Bürgen in der Regel nur unter Beleihung des Pensionsguthabens oder einer Lebens- oder Kapitalversicherungspolice innerhalb 50 % von deren Zeit-, bzw. Rückkaufswerth.

§ 10. Bei Anträgen sowohl auf Darlehen wie auf Unterstützung steht dem Verbandsausschuss nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse des Antragstellers das Vorschlagsrecht, dem Vereinsvorstande die Entscheidung zu. Bei Ablehnung der Gesuche brauchen Gründe nicht mitgetheilt zu werden.

§ 11. Den aus dem Verbands Ausscheidenden wird, wenn sie binnen sechs Monaten nach ihrem Ausscheiden einen diesbezüglichen Antrag stellen, ihr Pensionsfondsguthaben ohne jede Verkürzung und je nach dem Zinsfuss des Sparfonds verzinst, spätestens ein halbes Jahr nach Stellung des Antrages ausgezahlt. Stellen sie einen derartigen Antrag nicht oder erfolgt ihr Ausscheiden durch den Tod, ohne dass sie durch rechtskräftiges Testament über ihr Guthaben anderweitig verfügt haben, so verfällt dasselbe der Hilfskassa.

Diesem vortrefflichen Beispiel der Selbsthilfe eines Schwesternvereins stellen wir das „Pensionsreglement des Vereins für jüdische Krankenpflegerinnen zu Frankfurt a. M.“ an die Seite. Es hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Wenn eine Pflegerin während der Dauer ihrer Dienstzeit durch Krankheit, Unglücksfall, zunehmendes Alter oder aus sonstigem Grunde dienstunfähig geworden ist, ohne diese Unfähigkeit durch eigene grobe Verschuldung herbeigeführt zu haben, so ist sie berechtigt, ihre Pensionierung auf Lebenszeit nach Maassgabe der in § 3 festgesetzten Bestimmungen zu beanspruchen. Die Dienstzeit wird vom Tage ihrer Aufnahme unter die Vereinsschwester berechnet.

§ 2. Die Entscheidung darüber, ob und inwieweit eine Pflegerin als dienstunfähig, bzw. als erwerbsunfähig zu crachten ist, steht dem Vorstand zu. Stimmt jedoch die Pflegerin einer solchen Entscheidung nicht bei, so hat sie innerhalb vier Wochen nach Zufertigung der Entscheidung ein Schiedsgericht zu beantragen, als dessen Mitglieder der Vorstand einerseits und die Pflegerin andererseits je einen Arzt bezeichnen, worauf diese beiden Aerzte sich über die Wahl eines dritten Mitgliedes des Schiedsgerichtes zu verständigen haben. Kein Mitglied des Vorstandes darf dem Schiedsgericht angehören. Der Ausspruch des Schiedsgerichtes ist für beide Theile unbedingt maassgebend; die Anrufung des ordentlichen Gerichtes ist ausgeschlossen.

§ 3. Die Pensionierungssumme soll hauptsächlich nach folgenden Gesichtspunkten festgestellt werden: 1) nach der Dauer der bisherigen Dienstzeit der zu pensionirenden Schwester; 2) nach dem Grad der Erwerbsunfähigkeit derselben; 3) nach der Ursache der Dienstunfähigkeit; 4) nach den allgemeinen Verhältnissen der zu pensionirenden Schwester. Das Maximum der Pensionssumme beträgt 900 Mark. Das Minimum der Pension beträgt 150 M. In jedem Fall kann nach der Wahl der Vorstandes mit Zustimmung der zu pensionirenden Schwester statt der Zahlung von Pensionsbeträgen die kostenfreie Gewährung von Wohnung und Unterhalt für die Pensionsberechtigten in einem Schwesternheim oder einem anderen

vom Vorstand zu bestimmenden Institut, eventuell auch bei Privatpersonen eintreten, wobei der Schwester ein angemessenes Taschengeld gewährt wird. Gegen die diesbezüglichen Entscheidungen des Vorstandes steht der Pflegerin das Recht auf Anrufung des in § 2 bestimmten Schiedsgerichtes zu.

§ 4. Pensionirte Pflegerinnen, die ausserhalb der Stadt Frankfurt a. M. wohnen, müssen alljährlich vor dem Tage, an welchem ihre Pensionsrate ausbezahlt ist, eine polizeilich oder sonst amtlich beglaubigte Bescheinigung, dass sie noch am Leben sind, einsenden. Auch haben sie auf Verlangen des Vorstandes Leumundsatteste oder andere Nachweise vorzulegen.

§ 5. Die Pension einer Pflegerin fällt in folgenden Fällen theilweise, bzw. gänzlich fort: 1) vollständig, wenn sie sich verheirathet; 2) theilweise oder gänzlich, wenn und soweit in den für die Pensionierung nach § 3 maassgebenden Verhältnissen der Pensionsberechtigten eine Aenderung eingetreten ist oder als vorhanden sich herausstellt, desgleichen, wenn sich ergibt, dass die Angaben der Pflegerin über deren Gesundheitsverhältnisse und anderes bei ihrer Aufnahme in den Verein wesentlich unwarhaft erfolgt sind; 3) vollständig, wenn sie sich nicht den Anforderungen des Vereins entsprechend verhält (§ 9 der Statuten). Nur im Falle des Absatzes 2 ist die Anrufung des Schiedsgerichtes (§ 2) statthaft.

§ 6. Die Pension einer Pflegerin kann durch unanfechtbaren Beschluss des Vorstandes erhöht werden, wenn die Verhältnisse der Pensionärin sich nachweislich zu ihren Ungunsten verändert haben. Der Beschluss, durch welchen eine von der Pflegerin beantragte Erhöhung abgelehnt wird, unterliegt keiner Anfechtung.

§ 7. Der von der Vereinskasse getrennt zu verwaltende Pensionsfonds besteht: 1) aus den Zuwendungen zu demselben und den eingehenden Zinsen des Fonds; 2) aus einem durch den Vorstand alljährlich zu bestimmenden Beitrag der Vereinskasse. Die Bildung eines unangreifbaren Fonds soll angestrebt werden.

§ 8. Für die Pensionen haften nächst dem Pensionsfonds die gesammten Einkünfte und das gesammte Vermögen des Vereins derart, dass auch für den Fall einer Auflösung des Vereins die Befriedigung der bis zu diesem Zeitpunkt von den Pflegerinnen bereits erworbenen Ansprüche durch entsprechende Bestimmungen für die Zukunft sicherzustellen ist.

§ 9. Der Pensionsfonds wird von dem Vorstand verwaltet, der über denselben im Anschluss an die Jahresrechnung des Vereins besondere Abrechnung zu erstatten und solche den für erstere ernannten Revisoren vorzulegen hat.

§ 10. Aenderungen dieses Pensionsreglements (§ 1—10) können nur durch die Generalversammlung des Vereins, und zwar mittels Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder, unter Wahrung der Formen des § 6 des Vereinsstatuts, beschlossen werden. Zu einer Aenderung des § 1 bedarf es ferner der Zustimmung sämmtlicher im Dienst befindlichen Vereinsschwester.

Endlich (last not least) wollen wir die Pensionseinrichtung des Hamburger Schwesternvereins besprechen, der sich an das dortige Neue Allgemeine Krankenhaus angliedert, aber in seiner Organisation eine gewisse Selbständigkeit bewahrt.¹⁾ Das Curatorium ging von dem Gesichtspunkte aus, dass Schwestern, welche nach vollendetem 35. Lebensjahre und einer Dienstzeit von mindestens zehn Jahren infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche ihrer körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung ihrer Pflichten dauernd unfähig sind, Anspruch auf lebenslängliche Versorgung durch den Verein haben. Um die Mittel für diese Versorgung zu gewinnen, erschien es nothwendig, für jede Schwester 200 M. jährlichen Beitrags in die Pensionskasse zu zahlen; hätte diese Summe aus den laufenden Einnahmen bestritten werden müssen, welche das Curatorium für die Krankenpflege abseits des Neuen Allgemeinen Krankenhauses erhält, so hätten die Beiträge, welche bisher für die Schwesternpflege bezahlt wurden, ganz beträchtlich erhöht werden müssen. Es erschien aber ausserdem wünschenswerth, dass zur Altersversicherung der Schwestern eine gewisse staatliche Beihilfe gewährt werde. Auf Grund der entsprechenden Anträge bei Senat und Bürgerschaft wurde sodann beschlossen, für jede Schwester, die ein Jahr lang in den Staatskrankenanstalten thätig war, der Pensionskasse den Betrag von 100 M. zu überweisen; dadurch verblieb für das Curatorium des Schwesternvereins noch eine jährliche Altersprämie von 100 M. Diese Prämie sowie das persönliche Gehalt der Schwestern liessen sich aus dem Betrag von 500 M. bestreiten, welche der Verein von Seiten der Krankenhausverwaltung für jede Schwester pro Jahr erhält. Für die Schwester wurde ein Gehalt von 300—350 M. festgesetzt, während die Altersversicherung nach zehnjähriger Dienstzeit in einer Pension von 800 M. besteht, welche je nach dem Dienstalder bis 1000 M. steigt. Es sind das Aufwendungen für die Schwesternpflege, die weit über das seither Gebräuchliche hinausgehen. Wenn wir indessen erwägen, welche Anforderungen an die Schwestern herantreten, welche geringer Entgelt ihnen im Verhältniss zu anderen leichteren Berufsarten zu theil wird, so ist eine auskömmliche Versorgung im Alter gewiss gerechtfertigt. Für Hamburg

¹⁾ Rumpf, l. c. S. 14 f.

aber kam noch hinzu, wie Rumpf weiter bemerkt, dass bei den theuren Lebensverhältnissen ein Eintreten gebildeter Hamburgerinnen in den Verband nur unter besonders günstigen Verhältnissen zu erwarten war. Glückliches Hamburg, wo Behörden und Private in gemeinsamem edlem Wettstreit bestrebt sind, einer so schönen Culturaufgabe wie der Sicherung unserer Krankenpflegerinnen gegen Alter und Noth in so vollendeter Art Genüge zu thun!

Wenn wir mit der Betrachtung dieser rühmlichen Verhältnisse unsere Darlegungen schliessen, so wollen wir das als ein günstiges Wahrzeichen für die Zukunft ansehen. Mögen unsere deutschen Aerzte, von denen ja so viele in leitenden, maassgebenden Stellungen thätig sind, daraus die Anregung gewinnen, dieser wahrhaft guten Sache, die bisher nur zu stark vernachlässigt wurde, der wirksamen Ausgestaltung der Krankenpflege, namentlich nach den Richtungen einer genügenden Garantie der Ausbildung durch Einführung der staatlichen Approbation und einer entsprechenden Sicherung gegen Alter und Invalidität, ihr Augenmerk zuzuwenden und für sie zu wirken. Es ist ja im Grunde ihre eigene Sache, die sie damit fördern.